Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 81. **Montag, 6. April 1925, abends.** **78. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 41 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Auftakt zur Reichspräsidentenwahl.

Entscheidung des Reichsblocks am Mittwoch. — Hindenburg lehnt zugunsten Jarres' ab.

Jarres Kandidat des Reichsblocks.

)(Berlin. **Die Nominierung von Dr. Jarres durch den Reichsblock am Mittwoch wird nur noch eine Formsache sein. Der Wahlkampf des Reichsblocks für Dr. Jarres wird voraussichtlich schon heute oder morgen aufgenommen werden.**

Unverbindliche Besprechung der Kandidatenfrage im Reichsblock.

* Berlin. Vom **Reichsblock** wird mitgeteilt: In verschiedenen Blättern sind Meldungen über die Sonnabend-Beratungen des Reichsblockes erschienen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Der Reichsblock hat am Sonnabend **die politische Lage**, die durch den Zusammenschluß der Weimarer Koalition geschaffen ist, eingehend erörtert und zwar nicht nur mit Bezug auf die Wahl vom 26. April, sondern auch mit Bezug auf die **allgemeine politische Zukunft**. Dabei wurde zunächst die **Kandidatenfrage nur unverbindlich besprochen**. Auf der Basis einer **völligen politischen Uebereinstimmung zwischen dem Reichsblock und Dr. Jarres und zwischen Dr. Jarres und dem Generalfeldmarschall von Hindenburg** wurde die **Möglichkeit einer Kandidatur des Generalfeldmarschalls erörtert**. Eine Abstimmung hat im Reichsblock nicht stattgefunden. Die **endgültigen Verhandlungen des Reichsblockes** werden, wie schon angedeutet, nach dem Abschluß verschiedener Besprechungen und nach Beratung maßgebender Parteiorgane **spätestens am Mittwoch** stattfinden.

Hindenburg für die Kandidatur Jarres.

)(Berlin. **Generalfeldmarschall v. Hindenburg** hat die ihm vom Reichsblock angebotene Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl **aus persönlichen und sachlichen Gründen abgelehnt**. Er hat sich mit aller Entschiedenheit **für die Kandidatur Jarres eingesetzt** und den Reichsblock ersucht, wie bisher alle Kräfte zusammenzuhalten.

Kundgebungen des Reichsbanners.

)(Berlin. Eine von mehreren Tausend Personen besuchte **öffentliche Kundgebung des Reichsbanners Schwarzrotgold** nahe beim Zoologischen Garten, bei der der Bundesvorsitzende Hörsing eine Ansprache hielt, leitete gestern den Kampf für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl in Berlin ein.

Wie ein Montagsblatt erfahren haben will, beabsichtigen die **republikanischen Parteien nicht, einen gemeinsamen Wahlaufruf herauszugeben**; vielmehr wird jede der drei Parteien eine eigene Kundgebung erlassen.

Die Stellungnahme der Demokraten.

)(Berlin. Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei trat gestern im Reichstag unter dem Vorsitz des Reichsministers a. D. Koch zusammen, um zur Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen. Nach einem Referat Kochs über die bisher geführten Verhandlungen wurde mit überwältigender Mehrheit eine **Entschließung** angenommen, in der es heißt: Alle Versuche, für den zweiten Wahlgang eine Gemeinschaftskandidatur aller staatsfreundlichen Parteien zustande zu bringen, sind von uns unterstützt worden, scheiterten aber an der Ablehnung durch fast sämtliche Parteien sowohl rechts als links. Unter diesen Umständen und angesichts der dem Reiche und Volke von außen und innen drohenden Gefahren war die Weimarer Koalition die einzig mögliche feste Grundlage für die Kandidatur eines Präsidenten, der die Gewähr bietet für eine Sicherung der Reichsverfassung, die Fortführung der bisherigen Außenpolitik und den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft. Der Parteiausschuß billigt den Entschluß des Vorstandes betr. die Verhandlungen über eine **Kandidatur Marx** und erblickt in Marx den Gemeinschaftskandidaten des Volksblocks. Er fordert die Organisationen der Partei auf, mit aller Kraft die Wahl des Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zu fördern.

Kundgebung des Reichspräsidentschaftskandidaten Marx.

)(Berlin. In der Sonnabendbesprechung der Vertreter der im Volksblock zusammengeschlossenen Parteien erklärte sich, wie wir bereits meldeten, Reichskanzler a.D. Wilhelm Marx zur Annahme der Reichspräsidentschaftskandidatur dankend bereit, in dem er u. a. ausführte:

Die höchste Pflicht des Mannes, den das deutsche Volk als seinen Vertrauensmann zum hohen Amt des Reichspräsidenten beruft, ist der Schutz und die Wahrung der Verfassung, aus der ihm seine Rechte und Pflichten erwachsen. Im freien Entschlusse bekannte sich das deutsche Volk zum Volksstaate, zur Republik. Aufgabe des Staatsoberhauptes muß es sein, diesen Willen des Volkes zu achten und zu sichern. Auf diesen Grundfesten der Verfassung soll sich in Freiheit und gegenseitiger Duldung unser nationales wirtschaftliches und kulturelles Leben entfalten. Solange ich politisch tätig bin, ist es immer mein Ziel und Streben gewesen, unser so tief zerrissenes Volk zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle des Vaterlandes zusammenzuführen. Dem Ziele, daß das deutsche Volk als eine unlösliche Schicksalsgemeinschaft einmal sich erkennen, fühlen und betätigen wird, werden wir näher kommen, je mehr es uns gelingt, unser ganzes öffentliches Leben mit wahrhaft demokratischer Gesinnung und sozialem Geiste zu durchdringen.

Mein ganzes Leben hindurch habe ich mich um die Wahrung und Pflege der hohen Güter christlicher und deutscher Kultur bemüht. Gerade in dieser Arbeit erwuchs in mir die Erkenntnis, wie sehr jedwede echte Ueberzeugung Achtung verdient und daß ein ruhiges Zusammenleben nur verbürgt werden kann, wenn der Staat die Gewissensfreiheit seiner Bürger gewährleistet und wenn das Volksleben von gegenseitiger Rücksichtnahme und Duldsamkeit erfüllt ist.

In diesem Geiste zu wirken, wird mir stets eine der vornehmsten Pflichten sein. Wie ich Ziele und Wege der deutschen Außenpolitik sehe, darüber habe ich durch meine Arbeit im Dienste des Reiches volle Klarheit geschaffen. Das deutsche Volk will die Verständigung im Geiste der Gerechtigkeit und wahrhafter Weltbefriedung, ein Ziel, das nur erreicht werden kann, wenn das Recht der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung gewahrt bleibt.

Darum müssen wir alles daran setzen, daß der Bevölkerung der noch besetzten Gebiete die endliche Freiheit wird, und daß allen unseren Volksgenossen das Recht der staatlichen Selbstbestimmung zugestanden wird, das andere Völker für sich in Anspruch nehmen.

Auf der Zeche Mathias Stinnes

ist Sonnabend gegen Mitternacht der letzte Tote geborgen worden. Einschließlich eines im Krankenhause gestorbenen Schwerverletzten **beträgt die Zahl der Toten zehn.** Die bergpolizeiliche Untersuchung begann heute früh.

Beileidskundgebungen.

Der **Stellvertreter des Reichspräsidenten** hat aus Anlaß des Grubenunglücks auf der Zeche Mathias Stinnes an den Oberberghauptmann in Dortmund folgendes **Beileidstelegramm** gerichtet:

Die Nachricht von dem schweren Grubenunglück auf der Zeche „Mathias Stinnes" hat mich mit tiefer Trauer erfüllt und umso schmerzlicher berührt, als dieser Unglücksfall der zweite in kurzer Zeit ist, der das schwergeprüfte Ruhrgebiet betroffen hat. Ich bitte, den Hinterbliebenen der getöteten Bergleute meine herzliche Teilnahme und den Verletzten meine besten Wünsche für baldige Wiederherstellung zu übermitteln. **Dr. Simons.**

Reichskanzler Dr. Luther hat an die Generaldirektion der Zeche „Mathias Stinnes" folgendes **Telegramm** gesandt:

„In schwerem Ringen um die Hebung der deutschen Produktion haben wiederum eine Anzahl braver Bergleute des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers bei dem tragischen Unglücksfall ihr Leben eingebüßt, andere schwere körperliche Verletzungen erlitten. Durch diesen neuen Schicksalsschlag erneut erschüttert, steht das deutsche Volk an der Bahre und dem Schmerzenslager dieser wackeren Männer. Namens der Reichsregierung spreche ich der Zechenverwaltung und der Belegschaft tiefempfundenes Beileid aus. Ich bitte, dieses Beileid auch den schwer geprüften Angehörigen der Landsleute, die Leib und Leben eingesetzt haben, auszusprechen. **Reichskanzler Dr. Luther.**"

Die unterbrochenen außenpolitischen Verhandlungen.

Berlin, 6. April. Aus den Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes erfahren wir, daß die diplomatischen Unterhandlungen über die Sicherheitsfrage bereits seit einigen Tagen zum Stillstand gekommen sind. Am Donnerstag hat die letzte Aussprache zwischen dem deutschen Botschafter in London und dem englischen Außenministerium stattgefunden. Eine Fortsetzung des Meinungsaustausches wird erst dann möglich sein, wenn der französische Fragebogen an Deutschland, der bereits seit einigen Wochen angekündigt wird, der Reichsregierung zur Kenntnis gelangt sein wird. Bis dahin wird die Lage nach wie vor ziemlich ungeklärt sein.

Rücktritt des belgischen Kabinetts.

)(Brüssel. (Meldung der Agence Belge.) Im Zusammenhang mit den gestrigen Kammerwahlen überreichte **Ministerpräsident Theunis** um 11 Uhr 30 Minuten **dem König die Gesamtdemission des Kabinetts.**

Das Ergebnis der gestrigen Wahlen

für Kammer und Senat läßt sich zur Zeit noch nicht vollständig übersehen, da die Auszählung der Stimmen infolge der großen Anzahl der Listen in allen Wahlkreisen und der großen Wahlbeteiligung nur langsam von statten geht. Erkennen läßt sich jedoch, daß **die Sozialisten fast im ganzen Lande Erfolge davongetragen haben.** Die äußerste Linke hat den Liberalen, deren Lage ernstlich gefährdet ist, und auch den Katholiken in verschiedenen Wahlkreisen Mandate abgewonnen. Ueber die gewählten Persönlichkeiten läßt sich zur Zeit noch nichts mitteilen.

Nationalsozialistische Anfechtung der Märzwahl.

)(München. Nach einer Meldung des „Völkischen Kuriers" hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete **Frick** beim Wahlprüfungsamt die **Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl vom 29. März 1925 angefochten.** Die Anfechtung wird mit dem Adolf Hitler auferlegten Redeverbot und der dadurch verursachten Unmöglichkeit, für die Reichspräsidentenwahl die nötige Versammlungspropaganda durchzuführen, begründet.

Frankreichs schwierige Finanzlage.

)(Paris. Bei einer linksrepublikanischen Kundgebung in Fontainebleau erklärte **Herriot, seine Regierung sei für die schwierige Finanzlage nicht verantwortlich.** Als er Ministerpräsident geworden sei, habe die langfristige Schuld 159 Milliarden, die kurzfristige 37 Milliarden und die schwebende Schuld 91 Milliarden betragen; dazu kämen noch die Schulden bei den Alliierten, über die man augenblicklich verhandle. Ein Land mit einer so hohen schwebenden Schuld sei nicht mehr vollkommen Herr seiner inneren Politik. Er habe auch angesichts der äußern Schuld nicht mehr volle Freiheit über seine auswärtige Politik. Das sei die Wahrheit, die auszusprechen eine patriotische Pflicht sei. Auf seine Aufforderung zur Einigkeit sei ihm geantwortet worden, man wolle eine Einigkeit der Reaktion wie zu den Zeiten der alten Kammer. Er wende sich aber an alle Franzosen, damit sie in richtiger Erkenntnis ihrer Pflichten und Interessen alles zur Besserung des Franken und zur Amortisierung der französischen Schuld unternehmen. Er habe nicht die Absicht, sich vor den Forderungen der Privilegierten oder vor den Drohungen der Steuerhinterzieher zu beugen.

Das amtliche Wahlresultat in Ostsachsen.

Der Wahlausschuß für den **28. Wahlkreis Dresden—Bautzen** hielt am Sonnabend unter Vorsitz des **Kreiswahlleiters** Geheimer Regierungsrat v. Heygendorff eine Sitzung ab zwecks **Feststellung des Ergebnisses der Reichspräsidentenwahl 1925** (1. Wahlgang). Danach weichen die endgültigen Ziffern von den bisher bekannten nur unwesentlich ab.

Die Zahl der Stimmberechtigten betrug im Wahlkreise 1213339, die Zahl der abgegebenen Stimmscheine 15997. Die gültigen Stimmen betrugen 912097, außerdem wurden 3110 ungültige Stimmen abgegeben.

Es haben erhalten:

Braun (Sozialist)	366081	Stimmen
Held (Bayrische Volkspartei)	2099	„
Hellpach (Demokrat)	88088	„
Jarres (Reichsblock	396242	„
Ludendorff (Nat.-Soz.)	5079	„
Marx (Zentrum)	17557	„
Thälmann (Kommunist)	36636	„
Zersplittert waren	315	„

Der Aufstand in Südwest unterdrückt.

)(**Windhuk. Die Revolte ist ohne Blutvergießen unterdrückt worden. Der Stamm der Rehobeth hat sich bedingungslos unterworfen.**

Die Strafanträge im Tscheka-Prozeß.

)(Leipzig. Im Tscheka-Prozeß stellte Reichsanwalt Dr. Neumann am Sonnabend abend nach etwa siebenstündigem Plädoyer die Strafanträge. Er beantragte gegen den **Angeklagten Neumann** wegen vorsätzlichen Mordes nach § 211 des Reichsstrafgesetzbuches im Falle Rausch die **Todesstrafe**, wegen der übrigen Fälle nach § 49b insgesamt 7 Jahre Zuchthaus sowie dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen den **Angeklagten Skoblewsky** wegen Anstiftung zu dem gleichen Verbrechen die **Todesstrafe** und 15 Jahre Zuchthaus, wegen Mittäterschaft gegen die **Angeklagten Poege Todesstrafe** und 8 Jahre Zuchthaus, **Margies Todesstrafe** und 9 Jahre Zuchthaus, **Szon Todesstrafe** und 4 Jahre Zuchthaus, außerdem gegen alle fünf Angeklagten 500 Mark Geldstrafe und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Gegen die übrigen Angeklagten beantragte der Reichsanwalt die Strafen aus dem Republikschutzgesetz und zwar gegen **Mens** 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen **Mörener** 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen **König** und **Diener** je 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen **Mayer** 6 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, gegen **Kuhls** 3 Jahre Gefängnis, gegen **Ouke** 3 Jahre Zuchthaus, gegen **Haluzy** 2 Jahre Zuchthaus, gegen **Intorf** und **Lesniffe** je 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und gegen **Frau Lesniffe** 10 Monate Gefängnis.